

## Was ist eine selektive Sozialpolitik?

Es gibt sie also noch, die konservativen und die progressiven Kräfte in der luxemburgischen Gesellschaft. Dies scheint sich in den aktuellen Debatten zur Euthanasie zu beweisen.

Zumindest werden wir Zeugen dieser polarisierenden Auseinandersetzung wenn es um sogenannte "gesellschaftspolitischen" Themen geht!

Eine erste Frage dazu wäre was denn spezifisch gesellschaftspolitische Themen sind und was diese von anderen Themen unterscheidet?

Leben und Tod werden als gesellschaftspolitisches Thema definiert. Es geht alle Menschen etwas an. Die Trennung von Kirche und Staat ist beispielsweise ein anderes solches Thema.

Es heisst dass solche Themen die Fragen nach dem zukünftigen Zusammenleben in unserer Gesellschaft stellen und auf welche Werte wir uns berufen um der Politik die Möglichkeit zu geben im besten demokratischen Sinne gestalterisch der Allgemeinheit zu dienen.

Aber wie steht es mit dem "Überleben". Ist dies auch ein gesellschaftspolitisches Thema?

Nicht unbedingt, denn hier sagt uns die Politik, ob konservativ oder progressiv, dass wir differenziert an das Thema herangehen müssen. Die vornehmlich philosophische Wertediskussion tritt somit oft in den Hintergrund und wird ersetzt durch eine Reihe realpolitischer und folglich sektorieller Debatten.

Was braucht eine Gesellschaft und die darin lebenden Menschen zum Überleben? Um nur einige wichtige Faktoren zu nennen: Sicherheit brauchen sie, Arbeit, eine gut funktionierende Wirtschaft (Wachstum vor allem?), ein ordentliches Schulsystem, eine optimale gesundheitliche Versorgung, ein unbestechliches Rechtssystem und eine intakte Umwelt. Aber dann auch und vor allem, ein solidarisches Miteinander.

Ist Solidarität somit ein gesellschaftspolitisches Thema?

Oft wird der soziale Zusammenhalt (cohésion sociale), und das wäre die Solidarität der Menschen untereinander, in unserer Gesellschaft als ein absolut vorrangiges Ziel politischer Arbeit dargestellt. Nur, welcher Politikbereich wäre denn dafür zuständig, wenn nicht alle?

Es ist aber praktisch eher so dass man dieses Thema an Ministerien vergibt die recht präzise Aufgaben wahrnehmen sollen, wie vorrangig das Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit, das Familien- und Integrationsministerium oder auch das Arbeits- und Beschäftigungsministerium.

Sie regeln vor allem das Umverteilen des erwirtschafteten Reichtums für dessen Zustandekommen andere Ministerien die Rahmenbedingungen schaffen.

Bis jetzt geschah diese Umverteilungspolitik mehr oder weniger indem man verschiedenartige Bedarfe in der Bevölkerung ausmachen konnte und diese auch in diesem Sinne kollektiv zufrieden zu stellen versuchte. Ob das nun die Alterssicherungs- und Krankenkassensysteme sind, die Regelung der Arbeitsverhältnisse, wie auch andere sozialen Hilfsleistungen.

Jetzt nun werden diese spezifischen für die Umverteilung zuständigen Ministerien damit beauftragt selektiver an ihre Aufgaben heranzugehen. Der Grund: Die Mittel zum Umverteilen reichen nicht mehr. Dies alles vor dem Hintergrund einer ständig expandierenden Wirtschaftsleistung, eines jährlichen Wachstums von über 5%, also eines nie dagewesenen Reichtums in unserer Gesellschaft.

Dieses selektive Vorgehen und die damit einhergehende Parzellierung der Verantwortlichkeiten erinnert an einen längst überwundenen Taylorismus der Arbeitsorganisation in der Industriegesellschaft. Dabei versucht die Politik uns ständig klarzumachen dass wir an der Schwelle zur Wissensgesellschaft stehen und wir dabei sind die Ziele der Lissabonstrategie umzusetzen. Ein totaler Widerspruch!

Eines wird dabei auch klar, die programmatischen Entwürfe der Parteien, ob konservativ oder progressiv, unterliegen immer mehr dieser überholten technokratischen Herangehensweise und die politische "Mitte" entpuppt sich als Spielwiese für die Preisgabe von politischer Verantwortung.

Was dabei herauskommt ist ein Abgesang an das gesellschaftspolitische Thema Solidarität. Aus bislang allgemeingültigen "Rechten" der Bürger werden schleichend individuelle "Ansprüche" eines jeden.

Bearbeiten müssen diesen immer aufwendiger werdenden Apparat Verwaltungen mit sehr spezifischen Aufträgen, Kompetenzen und, ergo, Macht, da sie ja vornehmlich auf individuelle Begehren reagieren können und immer weniger mit kollektiven Ansprüchen konfrontiert werden.

Ein konkretes Beispiel für die Umsetzung dieser politischen "Strategie der Selektion" ist die Aufgabenstellung für das Arbeitsamt.

OPE schafft neue Arbeit und neue Arbeitsplätze, lokal und solidarisch. Sie dienen ausdrücklich dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Demgegenüber stehen 10 000 Menschen die auf der Suche nach Arbeit sind.

Das dem Arbeitsamt zur Verfügung stehende Instrumentarium verhindert dass diese Menschen einen Arbeitsplatz zugewiesen bekommen. Wir erleben diesen Irrsinn tagtäglich. Und es besteht die berechnete Frage, ob es das Instrumentarium ist, ob es die Menschen sind, die dieses Instrumentarium nutzen oder ob es ganz einfach Willkür ist?

OPE hat bewiesen, dass die von ihm geschaffenen Arbeitsplätze sehr wohl dauerhaft sein können und auch sind. Weshalb wird denn immer wieder das Argument vorgeschoben, diese Arbeitsplätze seien ja eigentlich gar keine richtigen?

OPE hat auch bewiesen, dass durchaus die Möglichkeit besteht, für einen Teil der Menschen, die eine menschenwürdige Arbeit eben in unserm Netzwerk gefunden haben und bei der jetzigen gesetzlichen und administrativen Grundlage, eine sinnvolle Arbeit auf Lebenszeit zu verrichten.

Sollte sich die Gesetzesvorlage betreffend die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung denn eines Tages in die Wirklichkeit umsetzen lassen, könnte sich die Anzahl dieser Menschen drastisch erhöhen. Dazu bedarf es aber wiederum der Mitarbeit und des Verständnisses dieser Verwaltung und ihrer Mitarbeiter. Wir hegen berechnete Zweifel daran, dass der Wille zu dieser notwendigen Zusammenarbeit im Interesse der betroffenen Personen, aber auch des sozialen Zusammenhaltes in Luxemburg, echt besteht.

Oder wie soll man sich erklären, dass Arbeitssuchende eher an Leiharbeitsfirmen vermittelt werden für ein, zwei oder drei Wochen, anstatt an Strukturen, die jetzt seit über zehn Jahren bewiesen haben, welche ihre Qualitäten sind? Sind die Leiharbeitsfirmen denn eher als "richtige" Arbeitgeber einzustufen? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Dabei heulen unsere politisch Verantwortlichen Rotz und Wasser wegen der ach so schlechten Lage auf unserm Arbeitsmarkt und der ach so miserablen Ausbildung der zu vermittelnden Personen und jeder saisonal bedingte, leichte Aufschwung lässt uns wieder zu einem herzergreifenden Hallelujah hinreissen.

Selektivität ist auch hier das magische Wort, nur ... Selektivität macht Solidarität kaputt. Punkt.

## **Wahl der Ausbildung, ein freiheitliches Grundrecht?**

Stellen wir uns einmal vor, unsere Kinder hätten ein echtes Grundrecht zur Wahl ihrer Ausbildung. Wir riskierten morgen in einer anderen Welt zu leben!

Doch malen wir den Teufel nicht gleich an die Wand, es gibt genug sogenannte garde-fous die die Ambitionen unserer Kinder in geregelte Bahnen lenken. Die aktuell dominante neoliberale Doktrin hat schon dafür gesorgt, dass der Nährboden in Bezug auf die benötigte menschliche Arbeitskraft und der damit einhergehenden "persönlichen" Einstellung bereits in sehr jungen Jahren ausgiebigst zum Wohle dieser Doktrin kultiviert wird. Und wir sind alle dabei, machen alle mit, als Eltern, Pädagogen, Politiker, Medien, Arbeitgeber. Zum Wohle unserer Kinder!

Sie sollen doch einen Beruf erlernen der sie später zumindest ernähren kann, der es ihnen ermöglicht, ein besseres Leben zu führen als wir. Ein besseres Leben? Was könnte das bedeuten? Sozialer Aufstieg, mehr Geld und damit mehr Anerkennung? Dies alles in einem System das uns nur allzu gut bekannt ist. Zu welchem wir alle nicht müde werden zu sagen, dass es sozial verantwortungslos ist, dass es unser natürliches Umfeld stark beeinträchtigt, dass es unser wirtschaftliches Handeln, welches beständiges Wachstum fordert, in eine Wahnsinnsspirale getrieben hat. Wenn wir diese Analyse auch nur im Ansatz gut heißen, besteht dann nicht die Gefahr, dass wir unsere Kinder in "Sozialdarwinismus" erziehen und ausbilden? Jeder für sich - und der Stärkere wird sich durchsetzen.

Erziehung und Ausbildung sind die ersten Wegweiser dafür, in welche Welt wir unsere Kinder morgen entlassen. Ihre Welt? Nein, bestimmt nicht. Es ist die Unsere, in welcher wir so viel zu bemängeln haben, vor deren "Mechanik" wir zum Teil kapituliert haben, da sie wie ein Selbstläufer Tag ein, Tag aus, unser Mitmachen einfordert. Wir folgen blindlings unseren antrainierten Wegweisern, jeder an seinem Platz. Der homo oekonomikus lässt grüssen, die Konkurrenz ist gewaltig und allgegenwärtig.

Vornehmlich in der uns so vertrauten Arbeitswelt handeln wir so, weil wir uns offensichtlich dazu berufen fühlen. Nur hatten wir die freie Entscheidung, um uns zu diesem oder jenem Beruf berufen zu fühlen. Gab es nicht Wegweiser, die uns eher in die eine oder andere Richtung geleitet haben? Sind wir nicht mit voranschreitendem Alter mehr und mehr darauf hingewiesen worden, dass man den Schoß der Familie irgendwann verlassen müsse und gezwungen sein wird, für sich selber zu sorgen? Hat nicht die Schule uns dasselbe gelehrt? Hat man uns dort nicht vermittelt, dass uns nach der Schule ein hartes Arbeitsleben bevorsteht und dass wir, je nach "Begabung", eher den einen oder den anderen Beruf anstreben sollten? Zumindest ist es so gewesen, dass Angebot, sprich Arbeitsplätze, und Nachfrage, sprich Arbeitnehmer, noch mehr oder weniger, numerisch vereinbar waren.

Und heute? Heute stimmen sogar diese Koordinaten nicht mehr. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit, des Nicht-Gebraucht-Werdens, ist der empirische Beweis. Die "sanfte Selektion" die unsere Generation erfuhr, reicht in diesem Sinne heute nicht mehr aus. Die Schule wird somit immer mehr zu einer Institution welche die Hatz auf die Arbeitsplätze zu organisieren hat. Welche Arbeitsplätze das sind definiert, die Wirtschaft und Alle die, die sich kritiklos an ihrer selbsttreibenden, rein profitorientierten Entwicklung beteiligen. Die nicht hinterfragte Wirtschaft bestimmt aber eben nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern bestimmt automatisch auch die Kompetenzen die sie braucht und somit die Art der Berufe die zu ihrer eigenen Weiterentwicklung erforderlich sind.

Per Definition dürfte man daraus schließen, dass die Vorgabe, in unserer "freiheitlichen Gesellschaft" können Kinder ihrer Berufung freien Lauf lassen, folglich ihren Beruf frei wählen und somit ihre Zukunft mit gestalten, eine Mär ist. Wie steht es denn um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, fordert sie nicht ein Umdenken auch und vor allem in den Fragen der Erziehung und der Ausbildung ein? Natürlich tut sie das und natürlich wird dieses Konzept in der Schule thematisiert. Aber auch von den Eltern, den Politikern, den Medien und last but not least auch ausdrücklich von der Wirtschaft.

Aber stellen alle die erwähnten Institutionen dabei ihr aktuelles Handeln in Frage? Vordergründig, noch einmal, ja! Denn Eltern halten ihre Kinder dazu an, Müll zu trennen, Pädagogen werden nicht müde, den Kindern den drohenden Klimawechsel zu erklären, Politiker erfinden neue Besteuerungs- und

Repressionssysteme, um Umweltbelastungen und andere parasitäre Elemente zu strafen, Medien berichten kritisch und ausgiebig über die Folgen des letzten Tsunami und die Wirtschaft, sie haut uns ihre neuesten Konzepte zur sozialen und ökologischen Verantwortung nur so um die Ohren. Und dennoch, der Druck auf die Menschen in unserer Gesellschaft scheint nicht abzunehmen. Im Gegenteil, zum "Fordern" in Bezug auf das wirtschaftliche Überleben jedes Einzelnen, kommt der Druck auf sein verantwortungsvolles nachhaltiges Handeln.

Wir leben also in einer Zeit in welcher wir unseren Kindern erklären sollen, dass auf der einen Seite ein kapitalistisch organisiertes Wirtschaftssystem von ihnen verlangt, dass sie nur eine Chance haben darin zu überleben, wenn sie die Funktionsweise der Gier und der Rücksichtslosigkeit verinnerlichen können und auf der anderen Seite versuchen wir sie dazu anzuhalten, ein Verständnis sowie verschiedene Automatismen zu entwickeln, die einen gewissenhaften Umgang mit unserer Lebenswelt bedeuten, und dazu führen soll, dass sie in Zukunft die Chance haben in einer intakten Welt zu leben.

Diese Gegensätzlichkeit in unserer gesamtgesellschaftlichen Lebensführung ist schlicht und einfach verlogen und erschüttert zumindest nachhaltig das Vertrauen der Heranwachsenden in eben unsere Institutionen. Stehen wir also wiederum vor einer Krise der Institutionen? Wie etwa vor 40 Jahren als die Menschen sich gegen eine verkrustete konservative Gesellschaftsordnung auflehnten in welcher Autorität und andere nicht hinterfragten Zwänge, unter der Fuchtel des Honoratiorentums, das Leben in der Gesellschaft regelten? Wer sind denn heute die neuen Honoratioren? Sind es nur die Wirtschaftsbosse und Organisationen wie WHO oder IWF? Oder zählen wir alle dazu?

Es mag ja sein, dass diese Krisen der Institutionen zyklisch sind und mit dem Fortschritt periodisch gesamtgesellschaftliche Infragestellungen neue Antworten suchen. Vor 40 Jahren lehnte sich zuallererst die Jugend gegen die damals existierenden gesellschaftlichen Zustände auf. Ist es dadurch besser geworden? Stellen wir uns doch am besten selber diese Frage. Wenn wir sie ehrlich beantworten, geben wir zu, dass wir uns letztendlich in ein System gefügt haben das es uns ermöglicht hat, über unser Berufsleben zu dem geworden zu sein was wir heute sind, mit mehr oder weniger Stolz.

Wenn die übergroße Mehrheit der Berufstätigen aber aussagen würde, dass es schwierig für sie ist, ihren Beruf und den Sinn des Lebens miteinander in Einklang zu bringen, dann sollte man über Erziehung, Ausbildung und BERUFung nachdenken und vielleicht erkennen, dass im Sinne nachhaltiger Entwicklung in Zukunft andere Berufe erfordert sind als die Wirtschaft sie heute ohne Wenn und Aber fordert. Ohne den Fortschritt in keinsten Weise in Frage zu stellen, sondern ihn als Chance begreifend, sollten wir unsere Kinder darüber entscheiden lassen, welcher Berufung sie nachzugehen gedenken und dafür sorgen dass der ethische, genauso wie der anerkennende Wert ihrer zukünftigen Arbeit einen angemessenen Rahmen finden kann. In der Solidarwirtschaft, jedenfalls, wird sehr hartnäckig an der Gestaltung dieser Zukunft gearbeitet. Mit viel Engagement und Freude, die sinnvolle Arbeit bieten kann.

## Schilda in Luxemburg ?

### **80 Menschen verlieren ihre Arbeit wenn die asbl Perspective Emploi dicht machen muss !**

Vereine (asbl) sind in Luxemburg bei öffentlichen Ausschreibungen zugelassen, dürfen diese Arbeiten aber nicht ausführen weil sie die Konkurrenz verfälschen.

Dies ist das Verdikt des Verwaltungsgerichts Luxemburg vom 2 Dezember 2008.

Wie geht das überhaupt?

Der Reihe nach. Die asbl "Perspective Emploi" des Netzwerkes Objectif Plein Emploi leistet seit über 20 Jahren Arbeiten an den Autobahnen für die Administration des Ponts et Chaussées.

Um diese Arbeiten zu erledigen wurden bis vor drei Jahren Konventionen zwischen beiden Partnern unterzeichnet welche die zu leistenden Arbeiten beschrieben und den dazugehörenden finanziellen Rahmen absteckten.

Vor zwei Jahren bot sich dann die Gelegenheit dieses Konventionssystem auslaufen zu lassen und eine neue Form der Zusammenarbeit einzusetzen. Öffentliche Ausschreibungen eben.

Für diese Änderung gab es einige solide Gründe.

Erstens war die Privatwirtschaft schon immer der Meinung gewesen dass die "subventionierten" asbl's für wenig Geld Arbeiten ausführten, welche sie ebensogut leisten könnten.

Zweitens bot sich dem Staat die Möglichkeit das Konventionssystem mit asbl's zu ändern indem er im Rahmen seiner Verwaltungsreform auch den immer heftiger werdenden Bedenken der Inspection des Finances Rechnung tragen konnte, welche den bis jetzt üblichen Finanzierungsmodus für Staatliche Subventionen an die asbl's anprangerte.

Vor allem aber bot sich dem Staat die Möglichkeit endlich die Logik der Direktive von 2004 der Europäischen Kommission betreffend die Öffentlichen Ausschreibungen, die besagt dass Elemente der Nachhaltigkeit (Preis, Umwelt und Soziales) gestaltender Inhalt dieser Ausschreibungen sein müssen, in die Praxis umzusetzen.

Übrigens war das letzte verbindliche Datum für die Umsetzung dieser Europäischen Direktive in Nationales Luxemburger Recht der 31 Januar 2006 ! Nur, bis jetzt ist das noch immer nicht geschehen.

Schlussendlich ging es bei der Gestaltung der neuen Ausschreibungen darum die soziale Komponente miteinzubeziehen und diese so für Betriebe aus der Privatwirtschaft und aus der Solidarwirtschaft gleichermaßen zugänglich zu machen.

Dies geschah aber nur halbherzig und führte prompt in das oben erwähnte Dilemma. Objectif Plein Emploi hatte davor gewarnt dass es nicht genügt der sozialen Ambition dadurch gerecht werden zu wollen indem man atypische Arbeitsverträge (CIE), die man den "Arbeitslosen" aufbrummt, in der Ausschreibung festzuschreiben und "Betreuungspersonal" für diese Menschen vorzusehen.

Hier liegt auch der Hase im Pfeffer, da das Gericht richtigerweise darauf hinwies dass die asbl's in diesem Fall nicht nur mehr Geld vom Staat für diese Arbeitsverträge zurückfordern können als die Privatwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch noch über eine Personalstruktur verfügen die zulässt dass man Mitarbeiter als "Betreuer" ausgeben kann.

Nachhaltige soziale Elemente die hätten in diese Ausschreibungen eingefügt werden können sind somit eben nicht nur ausgediente arbeitsmarktpolitische Instrumente die von vornherein die Konkurrenz verfälschen

sondern wie von OPE vorgeschlagen: eine Beschreibung, die die zu leistende konkrete Arbeit zum Ausgangspunkt nimmt um ökologische und soziale Verfahren wirksam werden zu lassen.

Das bedeutet zwar eine komplexe und konstruktive Zusammenarbeit zur progressiven Gestaltung dieser neuen Art der Ausschreibungen, ist aber auch eine Notwendigkeit die ausdrücklich im "Plan d'Action National pour le Développement Durable" und in den "Principes de la Loi sur les Marchés Publics" vorgesehen ist.

Diese Unkoherenzen im Luxemburger Recht und in den politischen Absichten wird nun wahrscheinlich 80 zukunftsorientierte Arbeitsplätze kosten, ein moderner Betrieb wird schliessen und 80 Menschen werden zum Arbeitsamt pilgern müssen um auf ein besseres Morgen vertröstet zu werden.

Es wäre an der Zeit vernünftig mit den Bürgern Luxemburgs umzugehen.

## **Angst vor der eigenen Courage, Herr Minister?**

Natürlich hat der Staat, also wir Bürger, Einfluss auf die Entwicklung unserer Ökonomie. Auch unserer Nationalen Ökonomie.

Der letzte Beweis ist wahrscheinlich die Rettung von Fortis und Dexia. Alles wunderbar!

Hierbei ging es darum ein (Finanz)System vor dem kompletten Zusammenfall zu retten. Dieses zu grossen Teilen ausgediente System musste deshalb kurzfristig gerettet werden weil es nicht nur nationalstaatlich organisierend wirkt, sondern auch Europaweit und auch Weltweit. Deshalb waren also unsere politisch Verantwortlichen dazu "gezwungen" dementsprechend zu reagieren.

So weit, so gut? Oder auch nicht!

Wie kann denn nationalstaatliche Politik überhaupt noch Einfluss auf die ökonomische Entwicklung unseres Landes nehmen?

Sie kann es! Sie kann es zum Beispiel indem sie gewichtige Instrumente dazu nutzt staatliche Investitionen so einzusetzen damit eine postindustrielle Gesellschaft des einundzwanzigsten Jahrhunderts Konturen annehmen kann.

Ein vorzügliches Instrument welches dem Staat zur Verfügung steht sind die Öffentlichen Ausschreibungen!

Öffentliche Ausschreibungen sind mit unser aller Geld getätigte Investitionen des Staates in Institutionen, Infrastrukturen und andere Produkte oder Dienstleistungen die zum Gemeinwohl der Bevölkerung beitragen sollen. Punkt!

Nun hat ein Investor, also auch der Staat, in der Regel die Wahl seine Gelder so einzusetzen dass er entweder dem Gemeinwohl dient oder aber eigene Interessen verfolgt. Private Investoren tun vornehmlich Letzteres, das ist verständlich.

Der Staat hat natürlich andere Aufgaben. Die Aufgabe lautet: wie setze ich meine Investitionen ein damit ich der gesamten Gesellschaft am besten dienen kann.

Wohlgemerkt, wir sprechen hier nicht von einer Verteilung von Produktionsüberschüssen der Privatwirtschaft oder auch von Konsumüberschüssen der Privathaushalte, welche beide in Form von Steuern in die Staatskassen geschwemmt werden. Diese Art der Wertschöpfung findet sowieso erst nach Investitionen statt!

Wir sprechen von Investitionen in zukunftsfähige, dem Allgemeinwohl dienende Bereiche, und deren gibt es viele.

Sie werden zusammenfassend unter dem Begriff "Nachhaltige Entwicklung" geführt. Neuestes Beispiel gefällig: das Modewort "Greenjobs".

Die Plattform zum Handeln ist im Prinzip da. Ob das nun internationale Abkommen sind wie das Kyoto-Protokoll oder das politische Europäische Bekenntnis zum Eintritt in die Wissensgesellschaft und zu sozialer Kohesion (Lissabonstrategie). Dies alles und noch viel mehr, dürfte den Investorengeist unserer Regierung doch beflügeln.

Und dennoch, nix passiert wirklich.

Dies wollen wir an dieser Stelle an einem bescheidenen Beispiel aufzeigen.

Vor drei Jahren erklärte sich der Minister für Öffentliche Bauten bereit Ausschreibungen für die Instandhaltung der Autobahnen solchermassen auszuschreiben, dass "nachhaltige Aspekte" konkreter Inhalt werden. Das

heisst, dass ausser dem Preis auch ökologische sowie soziale Aspekte berücksichtigt wurden um die Vergabe der Aufträge zu argumentieren.

Dies alles im Rahmen der Vorgaben der Europäischen Direktiven für Öffentliche Ausschreibungen. Dies war glasklar.

Nun wurden diese Vorlagen im Ministerium von Juristen solchermassen zerpfückt, dass wohl noch argumentierbare soziale und ökologische Aspekte in der Ausschreibung zurückbehalten wurden, aber auf eine solche Weise reduziert und umgestaltet wurden dass sie unausweichlich zu Problemen hinsichtlich unlauterem Wettbewerb führen mussten.

Anders gesagt. Anstatt dass die drei Aspekte: Preis, Ökologie und Soziales im Sinne Nachhaltiger Entwicklung wie von der Europäischen Gesetzgebung (*offre économiquement la plus avantageuse*) vorgegeben, gleichberechtigt behandelt würden, war auf einmal nur wieder der Preis allein ausschlaggebend.

Kontraproduktiver konnten die vor drei Jahren damit befassten juristischen Beamte dem Minister nicht zuarbeiten.

Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser am Anfang gut aufgebauten Initiative.

Da der Preis allein ausschlaggebend ist werden durch arbeitsmarktpolitische Instrumente Vereinigungen (asbl) ohne Wenn und Aber finanziell bevorteilt. Zu dieser Einsicht kam auch das Verwaltungsgericht das mit diesen Ausschreibungen durch Kläger befasst wurde die, man höre und staune, aus dem Bereich der Sozialwirtschaft kommen.

Das Urteil besagt dass Vereinigungen sich wohl an Ausschreibungen beteiligen dürfen, wie das auch in anderen EU-Ländern Gang und Gäbe ist, aber diese Arbeiten hierzulande nicht ausführen darf da eine Verfälschung der Konkurrenz durch den Preis gegeben ist.

Der Minister hat jetzt die Möglichkeit neue Ausschreibungen vorzusehen. Einerseits kann er diese ohne jegliche Elemente Nachhaltiger Entwicklung vorlegen und dann zählt nur der Preis und andere Anbieter als aus der Privatwirtschaft werden wegen des finanziellen unlauteren Wettbewerbs sowieso keine Chance haben, oder er sieht ein dass seine ihn beratenden Beamte nicht auf der Höhe der gestellten Aufgabe sind und gestaltet die Ausschreibung so wie Anfangs vorgesehen und Betriebe der Solidarwirtschaft sowie der Privatwirtschaft können ohne Probleme daran teilnehmen.

Anders gesagt, der Minister hat jetzt mit diesem bescheidenen Beispiel die Möglichkeit sich für ein zukunftsorientiertes Modell zu entscheiden oder aber sich in einer zögerlichen und mutlosen Haltung zu ergehen die ihn früher oder später über andere Wege (siehe Europäische Direktive) einholen wird.